

3.2 Politische Kommunikation

Politische Kommunikation als Vergleichsgegenstand

Politische Kommunikation ist kein klar umrissener Forschungsgegenstand. Weder in der Forschung noch in der politischen Praxis gibt es eine Verständigung darüber, was unter *Politischer Kommunikation* zu verstehen ist, welchen normativen Anforderungen sie ausgesetzt werden soll und welche theoretischen und methodischen Herangehensweisen über Disziplinengrenzen hinweg forschungsleitend sein könnten. In einer ersten Annäherung lässt sich politische Kommunikation als der Nachrichten- und Informationsfluss beschreiben, der den politischen Prozess strukturiert und ihm Bedeutung gibt (Pye 1993: 442). Um den politischen Prozess zu analysieren, bietet sich eine Heuristik an, die zwischen zwei Arenen differenziert: der parlamentarisch-administrativen und der öffentlichen (Kriesi 2003: 213).

In der parlamentarisch-administrativen Arena werden politische Entscheidungen getroffen – in der öffentlichen Arena stehen die Legitimierung der Entscheidungen und die Zustimmung zu den Akteuren und ihren Standpunkten im Mittelpunkt. Politische Kommunikation findet in beiden Arenen statt. In der öffentlichen Arena ist sie auf das Publikum ausgerichtet. Hier erfüllt politische Kommunikation eine Vermittlungs- und Informationsleistung, die sich in erster Linie auf die Massenmedien stützt. Sie ermöglicht es den Bürgern, an Politik teilzunehmen und politische Akteure zu kontrollieren. Diese Kommunikation ist auch für die politischen Akteure unabdingbar, die die öffentliche Meinung laufend beobachten und sie zu beeinflussen versuchen (Pfetsch 1997). Auch in der parlamentarisch-administrativen Arena findet politische Kommunikation statt. Hier geht es um die interne Verhandlungskommunikation im Vorfeld politischer Entscheidungen.

Wenngleich die Prozesse der öffentlichen und der parlamentarisch-administrativen Arena in der Sache eng miteinander verknüpft sind, beschäftigt sich die *politische Kommunikationsforschung* vor allem mit Problemlagen im Bereich der öffentlichen Kommunikation. Wichtig ist aber, dass die öffentliche Kommunikation in vielfältiger Weise auf die parlamentarisch-administrative Arena

zurückwirkt (Kriesi 2003: 213). So ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Medienprominenz von Politikern eine Rolle spielt, wenn es um deren Durchsetzungsfähigkeit bei internen Verhandlungen geht. Ebenso zeigt sich, dass diejenigen Themen, die in den Medien prominent diskutiert werden, auch in der parlamentarischen Ebene erhöhte Aufmerksamkeit genießen. Die Fokussierung der Forschung auf die medienvermittelte öffentliche Kommunikation führt dazu, dass die Wechselwirkungen zwischen der öffentlichen und parlamentarisch-administrativen Arena und die informellen Beziehungsspiele zwischen Medien und Politik lange Zeit⁶ unerforscht geblieben sind (Jarren/Sarcinelli 1998: 18).

Relevanz des Forschungsfeldes

Die Bedeutung der politischen Kommunikation ergibt sich aus der grundsätzlichen Abhängigkeit der Politik von Prozessen der öffentlichen Kommunikation. Diese Abhängigkeit ist ambivalent, weil politische Akteure und Massenmedien in einem Spannungsfeld nicht immer deckungsgleicher Interessen agieren. Das Verhältnis von Medien und Politik ist ein prominenter Gegenstand der politischen Kommunikationsforschung, da unterschiedliche Vorstellungen darüber existieren, wie sich die beiden Seiten zueinander positionieren (Jarren/Donges 2002: 26 f.). Drei grundsätzliche Richtungen lassen sich unterscheiden:

Das *Paradigma der Gewaltenteilung* sieht Politik und Medien als autonome Systeme an. Hier wird postuliert, dass es den Medien möglich ist, politische Institutionen zu kontrollieren. Für das *Paradigma der Instrumentalisierung* lassen sich zwei konträre Ausformungen unterscheiden. Zum einen wird die Übermacht der Massenmedien proklamiert, da diese häufig die einzige Möglichkeit für politische Akteure darstellen, ihre Wählerschaft zu erreichen. Das wiederum führe zu einem hohen Anpassungsdruck auf politische Institutionen, der schlussendlich der Politik die Logik der Medien aufzwänge. Diese *Mediatisierung* der Politik, d.h. die Ausrichtung politischen Handelns und Verhaltens an den Regeln des Mediensystems, bringt – so wird argumentiert – bewährte Verfahren der Entscheidungsfindung aus dem Gleichgewicht, da Positionen im Voraus öffentlich festgelegt werden und Kompromisse deshalb kaum mehr zu finden sind (z.B. Kriesi 2003: 218). Im Gegensatz dazu wird auch die Übermacht der Politik gegenüber den Medien proklamiert. Die Politik habe sich auf die Bedeutung der Medien

⁶ Zu den wenigen Ausnahmen zählen die Studien in Donsbach et al. (1993), sowie Lesmeister (2008).

eingestellt und ihre Kommunikationsaktivitäten professionalisiert. Politische PR mit ihrem gezielten Themen- und Ereignismanagement mache die Medien machtlos. In der Kommunikationswissenschaft dominiert heute die Ansicht, dass man beiden Perspektiven durchaus Realitätsgehalt zusprechen muss und sie demnach vereinen kann. Aus der Perspektive des *Paradigmas der Symbiose* werden Politik und Medien in einem wechselseitigen Abhängigkeits- und Tauschverhältnis gesehen, in dem Information gegen Publizität getauscht wird. Bentele bezeichnet dieses Verhältnis als Intereffikation (Bentele/Liebert/Seeling 1997).

Auch die Relevanz der international vergleichenden politischen Kommunikationsforschung lässt sich auf dieses klassische Spannungsverhältnis zwischen Politik und Medien zurückführen. In der ländervergleichenden Perspektive interessiert vor allem die Frage, inwieweit sich verschiedene Länder und Kulturkreise hinsichtlich eben dieses Spannungsverhältnisses typologisieren lassen. Darüber hinaus gilt auch für die international vergleichende politische Kommunikationsforschung, dass deren Bedeutung in gleichem Maße zunimmt wie die Internationalisierung und »Entgrenzung« der Politik fortschreitet. Im Zeitalter der *Globalisierung* sind wir mit Entwicklungen konfrontiert, die es verbieten, politische Kommunikation auf singuläre nationale, kulturelle oder sprachliche Räume zu beschränken. Vielmehr liegt die Aufgabe der politischen Kommunikationsforschung heute darin, sich den nationenübergreifenden Entwicklungen und Folgen der Modernisierung politischer Prozesse zu stellen, und dies nicht nur für westliche Demokratien, sondern mehr und mehr auch in Bezug auf Transformations- und Entwicklungsländer (Pfetsch/Esser 2003: 10).

Die Bedeutung von international vergleichender politischer Kommunikationsforschung nimmt in gleichem Maße zu wie die Internationalisierung und »Entgrenzung« der Politik fortschreitet.

Ein zentrales Thema ist hier die Rolle der politischen Kommunikation für die *Demokratieentwicklung* (vgl. Norris 2003; → 4.2). Ländervergleichende Untersuchungen (z.B. Gunther/Mughan 2000) zeigen, dass die Massenmedien in den sogenannten neuen Demokratien – und hier insbesondere das öffentliche Fernsehen – die Übernahme demokratischer Normen unterstützen und einen positiven Beitrag zur demokratischen Konsolidierung leisten. In den traditionellen westlichen Demokratien ist der Beitrag der Massenmedien zum demokratischen Prozess indessen ambivalent. Hier konzentriert sich die Forschung auf die Auswirkungen einer »Amerikanisierung« bzw. Modernisierung der politischen Kommunikation, die mit einer umfassenden Mediatisierung von Politik einhergeht (Swanson 2003).

Schließlich hängt die Relevanz der international vergleichenden politischen Kommunikationsforschung auch mit dem fundamentalen *Wandel der (westlichen)*

Mediensysteme zusammen (Pfetsch/Esser 2003: 11 f., Hallin/Mancini 2004). Ursache dieser Entwicklung sind die dramatischen Veränderungen der Informationstechnologie und Kommunikationsinfrastruktur sowie die Ausbreitung einer globalen Medienökonomie. Das Aufkommen und das Wachstum transnational agierender Medienkonzerne haben in vielen Ländern zu einer Umorientierung der Medienpolitik hin zu einer Deregulierung und Öffnung der Märkte geführt. Die technische Entwicklung und die Zunahme von Konkurrenz und Kommerzialisierung bleiben dabei nicht ohne Rückwirkung auf die politische Kommunikation. Mit der Internationalisierung und Kommerzialisierung internationaler Medienunternehmen wächst die Besorgnis einer globalen *Homogenisierung* der politischen Kommunikation über die verschiedenen Gesellschaften hinweg (vgl. Hallin/Mancini 2003). Dahinter stehen zwei Prozesse: Zum einen werden sich die Mediensysteme in ihren Produkten und ihrem professionellen Verhalten, aber auch in ihren Beziehungen zu politischen Institutionen immer ähnlicher, zum anderen passen sich die politischen Systeme in ihrem Kommunikationsverhalten international aneinander an.

Entwicklung des Forschungsfeldes

Während sich die international vergleichende politische Kommunikationsforschung erst in jüngerer Zeit wirklich entfaltet, hat die nationale Teildisziplin in manchen Fragestellungen eine langjährige Tradition bis zurück in die 1920er-Jahre. Dies gilt vor allem für die Erforschung der politischen Wirkungen des Journalismus und der Massenkommunikation sowie der Mobilisierungspotenziale der Massenmedien in Wahlkämpfen. Wenngleich den Massenmedien hier starke politische Einflüsse unterstellt wurden, hat sich schon sehr früh gezeigt, dass die interpersonale Kommunikation eine wichtige intervenierende Variable für die Wirkung der Massenkommunikation auf die Bürger darstellt (Lazarsfeld et al. 1968). Auch in Bezug auf die Demokratieentwicklung gab es eine Reihe von weitreichenden Wirkungsvermutungen. Politischer Kommunikation wurden große Potenziale zur Mobilisierung, Integration und Sozialisation der Bürger zugesprochen und damit zur Entwicklung der in den 1950er- und 1960er-Jahren entstehenden Staatswesen in Afrika und Asien (→ 4.7, → 4.6). Strukturelle Fragen prägten die frühe Auseinandersetzung über *das Verhältnis von Medien und politischen Institutionen*. So postulierten Siebert et al. (1956), dass das Mediensystem eines Landes das politische System widerspiegele (→ 2.4). Auf der Basis dieser Annahme entwickeln die Autoren eine Heuristik von vier idealtypischen Modellen von Mediensystemen, denen jeweils unterschiedliche politische Funktionen und Werte zugrunde liegen. Hauptaufgabe der Medien im

liberalen Modell ist die Kontrolle der Regierung; im *autoritären Modell* und im *totalitären Modell* dagegen unterliegen die Medien dem Diktat der Regierung. Lediglich in dem Modell, in dem die Massenmedien autonom und *sozial verantwortlich* sind, kann es zu einem ausgewogenen Verhältnis kommen.

Das Konzept von Siebert et al. (1956) hat vielfältige Kritik erfahren, u.a. seiner fehlenden empirischen Fundierung wegen. An seine Stelle ist eine Heuristik von Hallin und Mancini (2004) getreten, die differenziertere Kategorien – zumindest für westliche Länder – der Mediensystemanalyse anbietet. Danach sind die Verbreitung der kommerziellen Massenpresse und die Regulierung des Rundfunks, der politische Parallelismus, die Professionalisierung des Journalismus sowie historische, strukturelle und kulturelle Faktoren eines Landes für die Ausgestaltung des Mediensystems verantwortlich. Die Varianz dieser Faktoren führten – so Hallin und Mancini (2004) zu drei unterschiedlichen Typen von politischen Mediensystemen in westlichen Ländern: Ein liberales Modell, das in den angelsächsischen Ländern verwirklicht sei, ein demokratisch-korporatistisches Modell, das die Autoren in Skandinavien sowie Mitteleuropa sehen, sowie ein polarisiert-pluralistisches Modell, das die Mediensysteme in Südeuropa charakterisiert.

Der praktische Bezug der politischen Kommunikationsforschung wird indes schon früh im *Streit um eine neue Weltinformationsordnung* deutlich, der in den 1970er-Jahren entbrannte. Ausgangspunkt war der Vorwurf der Industrieländer, der Nachrichtenfluss sei von einer Dominanz der Industrieländer geprägt und zementiere diese Struktur. Die Schwellenländer argumentierten, im internationalen Nachrichtenfluss werde über sie und ihre Anliegen kaum berichtet – und wenn, dann in negativen Stereotypen. Die stark normativ geprägte Debatte um eine neue Weltinformationsordnung war der Ausgangspunkt dafür, dass die *Nachrichtengeografie* als Teilgebiet der politischen Kommunikationsforschung entstand (vgl. Rössler 2003). Die Arbeiten dieser Forschungsrichtung beschäftigen sich mit der Frage, welche Faktoren die Auswahl der Länder bzw. Weltregionen, über die berichtet wird, bestimmen.

In den vergangenen drei Jahrzehnten ist das Interesse an der Analyse politischer Kommunikationsprozesse deutlich angestiegen. Schwerpunktthemen in Bezug auf die westlichen Massendemokratien sind weiterhin die differenzierte Untersuchung der Wirkung von politischer Kommunikation auf die Bevölkerung, deren Problemwahrnehmung und Bewertungsschemata sowie die Mobilisierungspotenziale von Massenmedien und Onlinemedien und die Veränderung der Politik durch die mediale Omnipräsenz. Im Mittelpunkt dieser Forschung stehen Aspekte der *Modernisierung der politischen Kommunikation*: Politische PR, Themen- und Ereignismanagement und TV-Debatten im Kontext von Wahlkämpfen sind die häufigsten Untersuchungsgegenstände. Darüber hinaus liegt

inzwischen eine Reihe von Studien vor, die den *Einfluss politischer PR auf die Medienberichterstattung* analysieren (Schulz 1997: 225 f.). Vor dem Hintergrund der gegenseitigen Abhängigkeit und Einflussnahme von politischen Akteuren und Journalisten sind auch die Milieus bzw. die *Kommunikationskulturen zwischen Journalisten und politischen Sprechern* (Pfetsch 2003, Tenscher 2003, Pfetsch/Mayerhöffer 2011) Teil der Grundlagenforschung im Bereich der politischen Kommunikation.

Es gehört zur Natur des Gegenstandes der politischen Kommunikation, dass einschlägige Untersuchungen durch aktuelle Problemlagen, politische Konflikte und Kontroversen angestoßen werden. So gewann die Frage nach der Leistung politischer Kommunikation für neu entstehende Demokratien durch das Ende des Kalten Krieges einen hochaktuellen Stellenwert. Es ist daher nur konsequent, wenn Forscherinnen und Forscher erneut die Transformation von Medienstrukturen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks untersuchen (Thomaß/Tzankoff 2001) und deren Beitrag zur Konsolidierung der Demokratien näher beleuchten (Voltmer 2006; → 4.2). In jüngster Zeit sind zudem Prozesse der *Europäisierung* der politischen Kommunikation (vgl. die Beiträge in Langenbacher 2006) sowie Fragen der Vernetzung und der Transnationalisierung politischer Akteure und ihrer Debatten (Adam 2007) in den Fokus der empirischen Forschung gerückt. Schließlich gehören auch Kriege und kriegerische Konflikte zu den Ereignissen, die Untersuchungen zur politischen Kommunikation anregen. Wurde jedoch in früheren Zeiten die Berichterstattung nicht selten in den Dienst der Kriegsführung gestellt, überwiegen in der jüngeren Zeit kritische Untersuchungen und die Frage nach dem Realitätsgehalt der Kriegsberichterstattung (vgl. etwa Hallin 1986, Bennett/Paletz 1994, Eilders/Hagen 2005).

Wenngleich die politische Kommunikation in der Kommunikationswissenschaft von Anfang an eine zentrale Position einnahm, glaubte man lange, sie allein anhand von nationalen Einzelphänomenen oder historischen Studien beschreiben zu können. Eine anderen Disziplinen vergleichbare internationale Ausrichtung war – mit wenigen Ausnahmen – bis in die 1970er-Jahre nicht erkennbar (Gurevitch/Blumler 2003: 371). In Deutschland wurden, wenn überhaupt, dann vor allem US-amerikanische Entwicklungen als Vergleich herangezogen (Kleinsteuber 2003: 78; → 4.3).

Aus heutiger Sicht ist es verwunderlich, wie lange es dauerte, bis die vergleichende Forschung als notwendige Erkenntnisstrategie der politischen Kommunikationsforschung erkannt wurde; schließlich weist Graber (1993: 305, 2005: 496) zu Recht darauf hin, dass sich politische Kommunikation ohne vergleichende Forschungsdesigns nicht angemessen analysieren lässt. Da die Institutionen und Prozesse politischer Kommunikation in unterschiedlichen Kulturen variieren, ist eine vergleichende Analyse nicht nur lehrreich, sondern sogar notwendig.

In der Tat scheinen die Zweifel über die Vorteile und Potenziale der vergleichenden Forschung inzwischen ausgeräumt. Von einer Vernachlässigung der vergleichenden Forschung »kann keine Rede mehr sein, ganz im Gegenteil: Sie ist fast schon in Mode gekommen«, schreiben Gurevitch und Blumler (2003: 373). Dennoch ist die vergleichende politische Kommunikationsforschung noch weit davon entfernt, alle Aspekte des Forschungsfeldes gleichermaßen hinreichend zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund dieser Diagnose sollen im Folgenden die wichtigsten Problemlagen der aktuellen Forschung sowie sich daraus ergebende Perspektiven vorgestellt werden.

Problemlagen und Perspektiven

Grundsätzlich gelten die Problemlagen, die in der nationalen politischen Kommunikationsforschung bearbeitet werden, auch für die international vergleichende Forschung. Durch die rasant wachsende Bedeutung der digitalen Medien und des Internets ist die langjährige Fixierung der Forschung auf das Schlüsselmedium Fernsehen und die Qualitätszeitungen beendet. Durch den Medienwandel sind neue Fragestellungen der politischen Kommunikation aufgetaucht und „alte“ Fragen müssen neu gestellt werden. Fragen der Qualität, Reichweite und Wirkung der Online-Kommunikation auf die politische Kommunikation, aber auch Fragen der Vernetzung und Transnationalisierung sind jetzt in den Mittelpunkt gerückt. Durch die Online-Kommunikation hat auch die Beziehung zwischen Bürgern und der politischen Arena eine neue Qualität erhalten, die noch nicht wirklich erforscht ist. Als wesentliche Entwicklungen infolge der sich verändernden sozialen und technologischen Grundlagen der politischen Kommunikation gelten die Fragmentierung und Stratifizierung des Publikums (Bennett und Iyengar 2008). Prozesse der selektiven ideologisch gesteuerten Medienauswahl und -nutzung haben ambivalente Folgen für die Informiertheit des Publikums und die Ausübung der Bürgerrolle. Die Thesen über neue Paradigmen der Wirkungsforschung gelten insbesondere für diejenigen Länder, die einen sehr hohen Verbreitungsgrad der neuen Medien haben. Bislang ist noch weitgehend unerforscht, wie sich die Folgen des Medienwandels in unterschiedlichen Ländern und politischen Kontexten auswirken. Die vergleichende Perspektive ermöglicht es, die Frage zu beantworten, ob, und wenn ja, wie politische Kommunikationskulturen und -strukturen zwischen Ländern variieren und welche Faktoren dies bedingen.

Wenngleich nicht mehr von einer Vernachlässigung der vergleichenden Forschung zur politischen Kommunikation gesprochen werden kann, befindet sich

das Forschungsfeld noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Vor allem hinsichtlich *Reichweite und Kraft der theoretischen Debatte* ist es im Vergleich zu anderen Teilgebieten der Politik- und Kommunikationswissenschaft noch relativ wenig fortgeschritten. Viele der konzeptionellen Rahmungen, die sich auf spezifische Bereiche oder Fragestellungen des Forschungsfeldes beziehen, existieren bisher unverbunden und unkritisiert nebeneinander her. Ein Austausch über Theorien und damit eine integrative Theoriebildung steht noch aus (Gurevitch/Blumler 2003: 387 ff).

In einer Situation, in der das Wachstum der international vergleichenden Forschung zu einer Fülle von nebeneinander stehenden Einzelstudien geführt hat, ist es angemessen und nötig, paradigmatische Schneisen in diesen Wissensbestand zu schlagen und die Befunde zu bündeln, um neue Perspektiven entwickeln zu können. Dazu bietet es sich an, Schlüsseldimensionen zu identifizieren, anhand derer verschiedene Gesellschaften ihre politische Kommunikation regeln. Einen möglichen Ansatzpunkt stellt die politische Kulturforschung dar (Pfetsch 2003b, Gurevitch/Blumler 2003).

Ordnet man politische Kommunikationsprozesse in diesen konzeptuellen Rahmen ein, so muss politische Kommunikation als zweidimensionales System begriffen werden: Die strukturelle Dimension der politischen Kommunikation betrifft die institutionellen Bedingungen des politischen Systems und des Mediensystems auf der Makro- und Mesoebene. Die kulturelle Dimension bezeichnet die Prozesse der Interaktion von politischen Akteuren und Medienakteuren sowie deren Grundlagen, Ergebnisse und Wirkungen. Wenn man politische Kommunikationsprozesse als Zusammenspiel von Akteurshandeln und Strukturbedingungen sieht, dann bietet der vergleichende Ansatz ein beträchtliches Potenzial für die Analyse dieser Prozesse (vgl. Pfetsch/Esser 2012). Der Vergleich ermöglicht, die Struktur- und Kontextbedingungen zu variieren und danach zu fragen, wie sich die Orientierungen der Akteure im Verhältnis dazu bilden.

Politische Kommunikation hat eine strukturelle und eine kulturelle Dimension. Politische Kommunikationsprozesse sind als Zusammenspiel von Akteurshandeln und Strukturbedingungen zu begreifen. Durch vergleichende Forschung kann man mit der Untersuchung unterschiedlicher Kontextbedingungen analysieren, wie sich Orientierungen von Akteuren dazu verhalten.
--

Forschungsstand⁷

Die jüngere international vergleichende Forschung zur politischen Kommunikation setzt sich vor allem kritisch mit den Folgen der modernen professionellen Medienkommunikation für politische Prozesse und für politische Öffentlichkeit auseinander. Dabei ist zu beachten, dass sich die Medienkommunikation selbst durch Globalisierung, Internationalisierung und Kommerzialisierung und nicht zuletzt durch den enormen Siegeszug der Netzmedien in einem anhaltenden tief greifenden Wandel befindet, der alle Aspekte der Politikvermittlung beeinflusst. Betrachtet man das Tempo des Wandels der Kommunikationsmedien, so kann unsere Darstellung des Forschungsstandes allenfalls als Momentaufnahme gelten.

Studien zur Politikvermittlung gehen inzwischen von der Prämisse aus, dass politisches Handeln in modernen westlichen Demokratien in hohem Maße den Zwängen und Regeln der öffentlichen, medienvermittelten Kommunikation unterworfen ist und politische Akteure ihre Kommunikationsstrategien unter diesen Umständen stark auf die medialen Bedingungen ausrichten. Das Ergebnis ist eine umfassende Professionalisierung der Politikvermittlung, zu deren Handlungsrepertoire strategisches News-Management, Ereignisinszenierungen und Personalisierung der Politik gehören (Plasser/Plasser 2002). In einigen Ländern wie den USA und Großbritannien hat dies dazu geführt, dass diese Entwicklung die Journalisten zu wachsender Distanz und Gegnerschaft veranlasst, um sich ihrer Unabhängigkeit zu versichern (Bennett 1996, Blumler/Coleman 2001, Fallows 1997). Eine Folge ist auch, dass neue Formate der Berichterstattung entstehen, bei denen weder Themen noch Personen, sondern die strategischen Aspekte der Wahlkampfführung und die Interpretationen von Journalisten in den Mittelpunkt der Berichterstattung rücken (Mancini 1999). Neue Formate der politischen Berichterstattung entstehen auch durch die Verschmelzung von Informations- und Unterhaltungsangeboten sowie durch die Verheiratung von realitätsgetriebenen und fiktionalen Formen und Inhalten, während die Effekte dieser Hybride noch weitgehend unbekannt sind (Saxer 2006, Mazzoleni et al. 2011).

Im Bereich der Wahlkampfkommunikation beschäftigt sich die Mehrzahl jüngerer Untersuchungen mit Fragen der Konvergenz von Kommunikationsinhalten und Kommunikationsstilen im Wahlkampf. Ziel ist es, die generalisierbaren Charakteristika der Modernisierung von Wahlkämpfen zu beschreiben und gleichzeitig der Varianz politischer und medienkultureller Kontexte in unter-

⁷ Einen guten Überblick über das Forschungsfeld bietet auch Kleinstaubler (2003).

schiedlichen Ländern Rechnung zu tragen (vgl. Holtz-Bacha 2003). In der Tat lässt sich für viele moderne westliche Demokratien beobachten, dass Wahlkämpfe länger und aggressiver geworden sind und vielfältige Formen des News Managements zum Einsatz kommen. Zu den Innovationen, die moderne Wahlkämpfe in westlichen Ländern charakterisieren, gehört auch eine deutlich wachsende Selbststilisierung und Selbstreferenzialität der Medien in der Wahlkampfkommunikation (Esser/D'Angelo 2006). Durch diese Metaberichterstattung inszenieren Medien, Medienberater und Journalisten ihre eigene Rolle und verlassen damit die ihnen bisher zugedachten Rollen. Der internationale Vergleich zeigt allerdings, dass das Ausmaß der Metaberichterstattung über die strategische Seite der Kommunikation, Spin Doctoring und politische PR in verschiedenen Ländern beträchtlich variiert (Esser et al. 2001, Esser/D'Angelo 2006). So hängt das Ausmaß der Selbstinszenierung von Journalisten und Medien davon ab, wie lange strategische Öffentlichkeitsarbeit schon zum Handlungsrepertoire der politischen Akteure gehört (was kritische Medienbeiträge eher abebben lässt), wie stark sich die Politiker auf diese Art der Kommunikation einlassen (was wiederum kritisch-distanzierende Medienbeiträge eher provoziert) und schließlich, wie sich die Verschränkungen zwischen nationalen politischen und medialen Systemen bzw. die politische Kommunikationskultur eines Landes gestalten.

Die zentrale Stellung der Massenmedien in der modernen Politik, die Anpassung der Politiker an die Imperative der Nachrichten sowie das vermehrt aggressive Aufdecken dieser Entwicklungen durch Journalisten wird oft als eine Ursache zunehmender Politikverdrossenheit betrachtet (Blumler/Coleman 2001:4). In der Tat bringen eine Reihe von Studien, vor allem aus den USA, die Merkmale politischer Nachrichten in eine direkte Verbindung mit Zynismus der Bürger gegenüber Politikern und Politik (Capella/Jamieson 1996, 1997; Patterson 1993, 1996). Doch auch für die Art der Effekte von Politikberichterstattung kann die international vergleichende Forschung inzwischen differenzierte Befunde vorweisen. Schmitt-Beck (2000, 2003) kann zeigen, dass einschlägige Wirkungen der Wahlkampfberichterstattung keineswegs für alle Länder in gleicher Weise gelten. Vielmehr bleiben starke Effekte der Medienkommunikation im Wahlkampf insbesondere in Ländern aus, die man als starke Parteiendemokratien bezeichnen kann. In Systemen, bei denen maßgebliche Anteile des Elektorsats eine hohe Parteiidentifikation besitzen, spielt die interpersonale Kommunikation eine wichtigere Rolle als die Massenmedien.

Dass die Modernisierung von Wahlkämpfen im Sinne eines universellen und sukzessiven Siegeszuges des politischen Marketing-Ansatzes nicht notwendigerweise eine konsequente Entwicklungsstufe moderner Demokratien ist, zeigt der Vergleich von alten Demokratien mit neuen Demokratien. So ist zwar für

die etablierten westlichen Demokratien eine stufenweise Entwicklung der Modernisierung der politischen Kommunikation festzustellen, die nicht zuletzt mit einigen grundlegenden Veränderungen in den politischen Parteien und ihrem Verhältnis zu den Wählern in Verbindung steht. Dieser Zusammenhang gilt dagegen nicht für die neuen Demokratien wie beispielsweise Spanien und Russland (Swanson/Mancini 1996). Transformationsländer zeichnen sich vielmehr durch eine sprunghafte, abrupte Adaption moderner Kampagnenformate aus: Hier wird bereits auf modernisierte medienorientierte Formen der Kommunikation zurückgegriffen, bevor demokratische Strukturen und Kulturen überhaupt herangereift sind. Demokratien mit internen destabilisierenden Spannungen wie Italien, Argentinien oder Israel haben dagegen mit einem erheblichen Vertrauensverlust der Wählerschaft zu kämpfen und erhalten sich daher neben modernen Wahlkampfmethoden auch die traditionelleren Formen der Wähleransprache.

Die vergleichende Forschung über den Zusammenhang der politischen Kommunikation und der Qualität der Demokratie zeigt, dass die Rolle der Medien im demokratischen politischen Prozess keineswegs pauschalisiert werden kann (Gunther/Mughan 2000, Thomaß/Tzankoff 2001, Voltmer 2006, Hallin/Mancini 2012): Die Rolle der Medien unterscheidet sich erheblich zwischen »alten« und »neuen« Demokratien: Während die Medien in den etablierten Demokratien allenfalls einen mäßigen Beitrag zur Demokratie leisteten, unterstützen sie in den Transformationsdemokratien klar die Einführung und Etablierung demokratischer Normen. So weisen Voltmer und Schmitt-Beck (2006) für die jungen Demokratien in Südeuropa und Südamerika und die Transformationsdemokratien in Südosteuropa nach, dass die Massenmedien eine ausgesprochen konstruktive Rolle im Prozess der politischen Konsolidierung spielen. Medien tragen nach diesen Ergebnissen vor allem zur positiven Wahrnehmung der Staatsbürgerrolle, zu politischem Interesse und politischem Wissen bei. Solche positiven Medienwirkungen sind gleichwohl von einigen wichtigen Makrofaktoren abhängig, denn sie gehen auf die Existenz und Nutzung informationsreicher Printmedien und Qualitätszeitungen und insbesondere des öffentlichen Fernsehens zurück. Die Studien in Gunther und Mughan (2000) zeigen, dass gerade die Existenz und der staatsbürgerliche Auftrag starker öffentlich-rechtlicher Rundfunkorganisationen sowie eine strenge Regulierung des Rundfunkwesens einen positiven Beitrag zur Demokratieentwicklung leisten können.

Die *kulturelle Dimension des Verhältnisses von Medien und Politik* steht im Mittelpunkt der Arbeiten zur politischen Kommunikationskultur, ein vergleichendes Forschungsgebiet, das aus der Perspektive der politischen Kulturforschung entwickelt wurde. Pfetsch (2003b, 2008) versteht unter politischer Kommunikationskultur das spezifische Milieu der Interaktion von politischen Sprechern und

Journalisten eines Landes, welches die Art und Weise ihres Umgangs und die Ergebnisse der politischen Kommunikation beeinflusst. Für die modernen westlichen Demokratien entwickelt Pfetsch (2003a, 2003b) eine Typologie von vier politischen Kommunikationskulturen, die in Abhängigkeit von Strukturbedingungen des politischen und des Mediensystems, insbesondere der Verfasstheit des Mediensystems sowie der strukturellen Fixierungen politischer Verhandlungsprozesse, variieren. So lassen sich die medienorientierte politische Kommunikationskultur, wie z.B. in den USA, von der PR-orientierten politischen Kommunikationskultur, z.B. in der Schweiz, der (partei)politischen Kommunikationskultur (z.B. Deutschland) sowie der strategischen politischen Kommunikationskultur (z.B. Italien) unterscheiden.

Die Arbeiten zur institutionellen wie auch zur kulturellen Dimension des Verhältnisses von Medien und Politik stellen den Versuch dar, die politische Kommunikationsforschung wieder stärker an die Makroperspektive der Gesellschaftsanalyse heranzuführen. Damit wird ein Repertoire an analytischen und empirischen Zugängen eröffnet, die es ermöglichen, die Prozesse der politischen Kommunikation – jenseits von Einzelphänomenen – in ihrer Bedeutung für politische Regime und schließlich für die Demokratieentwicklung abzuschätzen.

Durch die Berücksichtigung der institutionellen und kulturellen Dimension des Verhältnisses von Medien und Politik kann politische Kommunikationsforschung eine makroanalytische Perspektive der Gesellschaftsanalyse herstellen und die Bedeutung politischer Kommunikation für die Demokratieentwicklung herausarbeiten.

Fazit: Erkenntnisse des Vergleichs

Die international vergleichende politische Kommunikationsforschung stellt in zweifacher Hinsicht einen Erkenntnisgewinn im Vergleich zu rein national orientierter Forschung dar: Zum einen erlaubt sie Erkenntnisse über inhärent transnationale und globale Kommunikationsprozesse, zum anderen besitzt sie eine Erklärungsfunktion für den nationalen Kontext. So können bis dato national untersuchte Gegenstände, wie z.B. Wahlkämpfe, erst durch die Methode des Vergleichs nicht nur beschrieben, sondern auch erklärt werden. Somit erlaubt der Vergleich die Identifizierung relevanter Kontextfaktoren verschiedenster Ausprägungen der politischen Kommunikation. Das Spannungsfeld Medien-Politik-Bürger kann folglich umfassender beschrieben werden. Die vergleichende politische Kommunikationsforschung verdient also nicht zuletzt deshalb

Themen des Vergleichs

stärkere Beachtung, weil sie uns in die Lage versetzt, die eigenen Kommunikationsverhältnisse kritisch am Beispiel anderer zu überprüfen und erst so zu Aussagen mit weitreichendem Gültigkeitsanspruch zu gelangen.

Dabei ist es jedoch entscheidend, dass es der weiteren Forschung gelingt, die international vergleichende politische Kommunikationsforschung in einen theoretisch fundierten Kontext einzubetten. Wenn dies langfristig gelingt, hat sie eine Perspektive als notwendiger Bestandteil der modernen Gesellschaftsanalyse.

Übungsfragen

- 1) In welchem Verhältnis stehen das politische System und das Mediensystem? Welche grundlegenden Paradigmen lassen sich dabei unterscheiden?
- 2) Welchen Beitrag können Medien zur Demokratieentwicklung leisten? Unterscheidet sich die politische Kommunikation in »neuen« und »alten« Demokratien?
- 3) Warum ist es wichtig, politische Kommunikationsforschung auch international vergleichend zu betreiben, und welchen zusätzlichen Erkenntnisgewinn erhält man dadurch?

Lösungen unter www.utb.de und www.uvk.de

Literatur

- Adam, Silke (2007): *Symbolische Netzwerke in Europa. Der Einfluss der nationalen Ebene auf europäische Öffentlichkeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich*, Köln.
- Bennett, W. Lance (1996): *News: The politics of illusion*. White Plains.
- Bennett, W. Lance/Iyengar, Shanto (2008): *A New Era of Minimal Effects? The Changing Foundations of Political Communication*. In: *Journal of Communication*, 58, 707–731.
- Bennett, W. Lance/Paletz, David (1994): *Taken by Storm. The media, public opinion, and U.S. foreign policy in the Gulf War*. Chicago.
- Bentele, Günter/Liebert, Tobias/Seeling, Stefan (1997): *Von der Determination zur Intereffikation. Ein integriertes Modell zum Verhältnis von Public Relations und Journalismus*. In: Bentele, Günter/Haller, Michael (Hrsg.): *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit*. Konstanz, S. 225–250.

- Blumler, Jay G./Coleman, Stephen (2001): Realising democracy online. A civic commons in cyberspace. Swindon/London: Citizens Online/Institute for Public Policy Research.
- Blumler, Jay G./Gurevitch, Michael (1995): *The Crisis of Public Communication*. London/New York.
- Blumler, Jay G./Gurevitch, Michael (2001): »Americanization« Reconsidered: U.K.-U.S. campaign communication comparisons across time. In: Bennett, W. Lance/Entman, Robert M. (Hrsg.): *Mediated Politics. Communication in the future of democracy*. Cambridge, S. 380–403.
- Cappella, Joseph/Jamieson, Kathleen H. (1996): News frames, political cynicism, and media cynicism. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 546, S. 71–84.
- Cappella, Joseph N./Jamieson, Kathleen H. (1997): *Spiral of cynicism: The press and the public good*. New York.
- Donsbach, Wolfgang/Jarren, Otfried/Kepplinger, Hans Mathias/Pfetsch, Barbara (1993): *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen*. Gütersloh.
- Eilders, Christiane/Hagen, Lutz M. (2005): Kriegsberichterstattung als Thema kommunikationswissenschaftlicher Forschung. Ein Überblick zum Forschungsstand und den Beiträgen in diesem Themenheft. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 53 (2-3) (Themenheft Medialisierte Kriege und Kriegsberichterstattung), S. 205–221.
- Esser, Frank/Reinemann, Carsten/Fan, David (2001): Spin Doctors in the United States, Great Britain and Germany. Metacommunication about media manipulation. In: *The Harvard International Journal of Press/Politics* 6 (1), S. 16–45.
- Esser, Frank/D'Angelo, Paul (2006): Framing the Press and Publicity Process in German, British and U.S. General Election Campaigns: A Comparative Study of Metacoverage. In: *The Harvard International Journal of Press/Politics* 11 (3), S. 44–66.
- Fallows, James (1997): *Breaking the news: How the media undermine American democracy*. New York: Vintage Books.
- Graber, Doris (1993): Political Communication: Scope, Progress, Promise. In: Finifter, Ada W. (Hrsg.): *Political Science: The state of the discipline. Part II*. Washington: American Political Science Association, S. 305–332.
- Graber, Doris (2005): Political Communication faces the 21st century. In: *Journal of Communication* 55(3), S. 479–507.
- Gunther, Richard/Mughan, Anthony (2000): *Democracy and the Media. A comparative perspective*. Cambridge.
- Gurevitch, Michael/Blumler, Jay G. (2003): Der Stand der vergleichenden politischen Kommunikationsforschung: Ein eigenständiges Feld formiert sich. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich*. Wiesbaden, S. 371–391.
- Hallin, Daniel C. (1986): *The uncensored war: The media and Vietnam*. New York.
- Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (Hrsg.) (2012): *Comparing Media Systems beyond the Western World*, Cambridge.

Themen des Vergleichs

- Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (2004): *Comparing Media Systems. Three models of Media and Politics*, Cambridge.
- Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (2003): Amerikanisierung, Globalisierung und Säkularisierung: Zur Konvergenz von Mediensystemen und politischer Kommunikation in westlichen Demokratien. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 35–55.
- Holtz-Bacha, Christina (2003): Kampagnen politischer Kommunikation: Zur Internationalisierung und Konvergenz moderner Medienwahlkämpfe. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 240–258.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2002): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung (Band 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen)*. Wiesbaden.
- Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich (1998): Politische Kommunikation als Forschungs- und als politisches Handlungsfeld: Einleitende Anmerkungen zum Versuch der systematischen Erschließung. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.) (1998): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch*. Opladen/Wiesbaden, S. 13–20.
- Kleinsteuber, Hans J. (2003): Medien und Kommunikation im internationalen Vergleich: Konzepte, Methoden und Befunde. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 78–103.
- Kriesi, Hanspeter (2003): Strategien politischer Kommunikation: Bedingungen und Chancen der Mobilisierung öffentlicher Meinung im internationalen Vergleich. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 208–239.
- Langenbucher Wolfgang/Latzer, Michael (Hrsg.) (2006): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel (1968): *The People's Choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. 3. Auflage. New York.
- Lesmeister, Christine (2008): *Informelle politische Kommunikationskultur: Hinter den Kulissen politisch-medialer Kommunikation*. Wiesbaden.
- Mancini, Paolo (1999): New frontiers in political professionalism. In: *Political Communication* 16, S. 231–245.
- Mazzoleni, Gianpietro/Moy, Patricia/Xenos, Michael A. (2011). Popularization of politics – a comparative analysis. Vortrag auf der ECREA-Tagung „Comparing Political Communication Across Time and Space“. Madrid, 20.10.2011.
- Norris, Pippa (2003): Globale politische Kommunikation: Freie Medien, gutes Regieren und Wohlstandsentwicklung. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Wiesbaden, S. 135–178.
- Patterson, Thomas E. (1993): *Out of order*. New York.
- Patterson, Thomas E. (1996): Bad news, bad governance. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 546, S. 97–108.

- Pfetsch, Barbara (1997): Zur Beobachtung und Beeinflussung öffentlicher Meinung in der Mediendemokratie. Bausteine einer politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung. In: Rohe, Karl: Politik und Demokratie in der Informationsgesellschaft. Baden-Baden, S. 45–55.
- Pfetsch, Barbara (2003a): Politische Kommunikationskultur. Eine vergleichende Untersuchung von politischen Sprechern und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA. Wiesbaden.
- Pfetsch, Barbara (2003b): Politische Kommunikationskultur – ein theoretisches Konzept zur vergleichenden Analyse politischer Kommunikationssysteme. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven. Wiesbaden, S. 393–418.
- Pfetsch, Barbara (2008): Political Communication Culture. In: International Encyclopedia of Communications. Oxford, S. 3683–3686.
- Pfetsch, Barbara/Esser, Frank (2012) Comparing Political Communication. In: Esser Frank/Hanitzsch, Thomas (Hrsg.) The Handbook of Comparative Communication Research. New York , S. 25–48.
- Pfetsch, Barbara/Mayerhöffer, Eva (2011) Vordergründige Nähe - Zur Kommunikationskultur von Politik- und Medieneliten in Deutschland. In Medien & Kommunikationswissenschaft, 59 (1), S. 40–59.
- Pfetsch, Barbara/Esser, Frank (2003): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich: Neuorientierung in einer veränderten Welt. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven. Wiesbaden, S. 9–34.
- Plasser, Fritz/Plasser, Gunda (2002): Global Political Campaigning. A worldwide analysis of campaign professionals and their practices. Westport, CT: Praeger.
- Pye, Lucian (1993): Political Communication. In: Bogdanor, Vernon (Hrsg.): The Blackwell Encyclopaedia of Political Science. Cambridge, S. 442–445.
- Rössler, Patrick (2003): Botschaften politischer Kommunikation. Länder, Themen und Akteure internationaler Fernschnachrichten. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Wiesbaden, S. 305–336.
- Saxer, Ulrich (2006): Politik als Unterhaltung. Zum Wandel politischer Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Konstanz.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2000). Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich. Opladen.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2003): Wirkungen politischer Kommunikation: Massenmediale und interpersonale Einflüsse auf die Wahlentscheidung. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Wiesbaden, S. 337–368.
- Schulz, Winfried (1997): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden.
- Semetko, Holli A./Blumler, Jay G./Gurevitch, Michael/Weaver, David H. (1991): The formation of campaign agendas. A comparative analysis of party and media roles in recent American and British elections. Hillsdale, NJ.

Themen des Vergleichs

- Siebert, Fred/Peterson, Thomas/Schramm, Wilbur (1956): *Four theories of the press*. Urbana.
- Swanson, David L./Mancini, Paolo (1996): Patterns of modern election campaigning and their consequences. In: Swanson, David L./Mancini, Paolo (Hrsg.): *Politics, Media and Modern Democracy. An international study of innovations in electoral campaigning and their consequences*. Westport, S. 247–276.
- Swanson, David L. (2003): Transnationale politische Kommunikation: Konventionelle Sichtweisen und neue Realitäten. In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich*. Wiesbaden, S. 56–77.
- Tenscher, Jens (2003): *Professionalisierung der Politikvermittlung? Politikvermittlungsexperten im Spannungsfeld von Politik und Massenmedien*. Wiesbaden.
- Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hrsg.) (2001): *Medien und Transformation in Osteuropa*. Wiesbaden.
- Voltmer, Katrin (Hrsg.) (2006): *Mass Media and Political Communication in New Democracies*. New York.
- Voltmer, Katrin/Schmitt-Beck, Rüdiger (2006): New democracies without citizens? Mass media and democratic orientations – a four-country comparison. In: Voltmer, Katrin (Hrsg.) (2006): *Mass Media and Political Communication in New Democracies*. New York, S. 228–245.